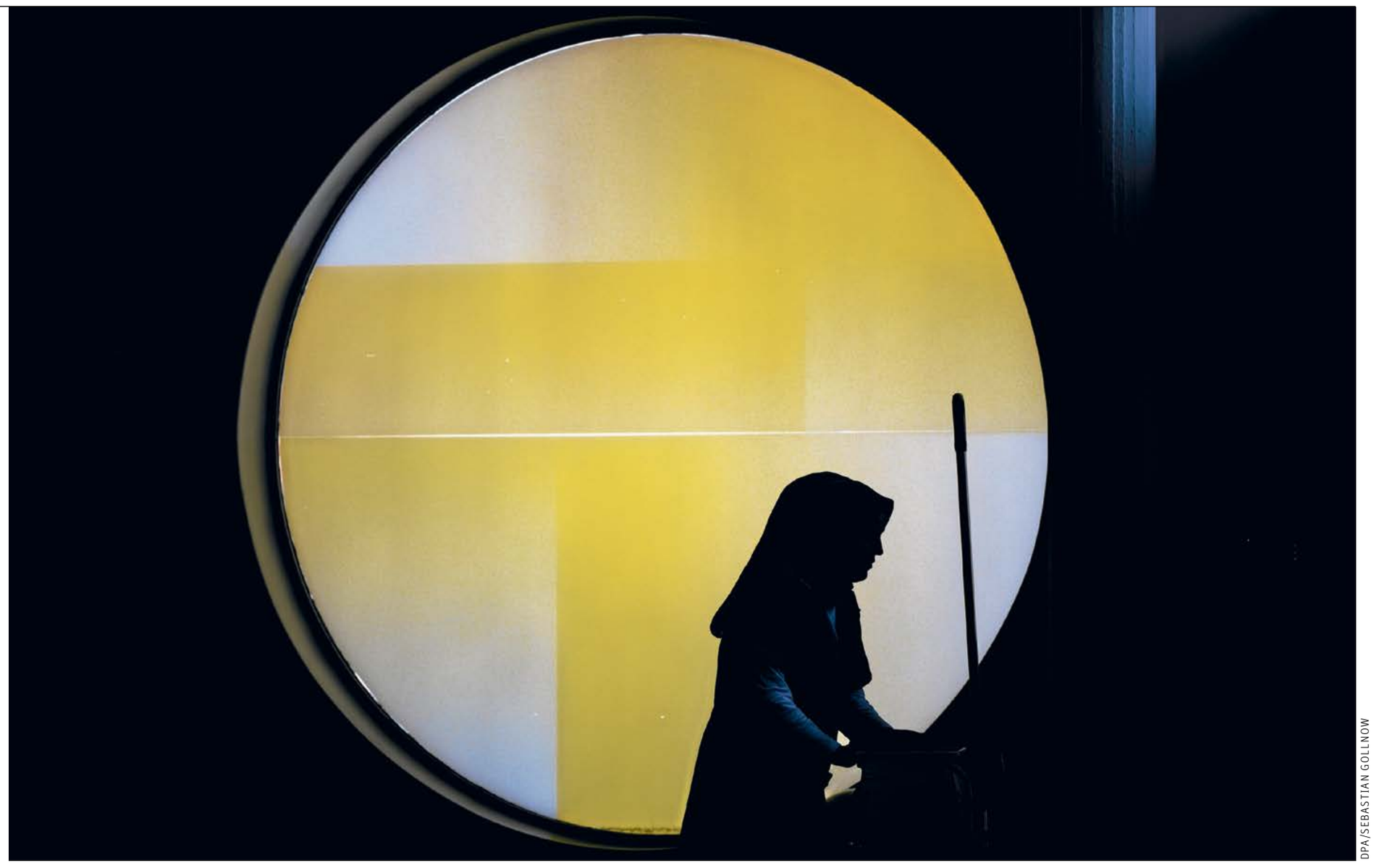
**In Deutschland werden Frauen Jobs verweigert, weil sie Kopftuch tragen. Iranische Frauen werden zum Tragen des Kopftuchs gezwungen, wie ein neuer Amnesty-Bericht zeigt.**



DPA/SEBASTIAN GOLLNOW

Migrantinnen landen besonders häufig in prekären Jobs. Das ist kein Zufall, sondern System, meinen Frauenorganisationen von DaMigra.

# »Wir werden in die Prekarität gedrängt«

## Die Ausbeutung migrierter Frauen hat in Deutschland System, kritisiert DaMigra und fordert: »Wir wollen mitbestimmen«

**Dass Migrantinnen in Deutschland häufig in schlecht bezahlten Hilfsjobs landen, hat System, kritisiert der Dachverband der Migrantinnenorganisationen (DaMigra): »Dieses System muss gebrochen werden.«**

PAULINE JÄCKELS

Wenn einer Frau aus Thailand bei einer Jobberatung gesagt wird, sie solle doch lieber in einem Massagesalon arbeiten, statt ihr Diplom anerkennen zu lassen, oder eine Frau bei der Schutzberatung hört, sie solle sich nicht so anstellen, Gewalt gegen Frauen sei doch normal in ihrer Kultur – »ist das dann Rassismus oder Sexixmus?,« fragt Dr. Delal Atmaca, Geschäftsführerin des Dachverbandes der Migrantinnenorganisationen (DaMigra) bei der Auftaktveranstaltung des »Migrantinnen März 2024«, der die Erfahrungen von migrierten Frauen in Deutschland sichtbar machen soll.

Für Migrantinnen sind solche Erlebnisse Alltag. »Die Verbindung von Rassismus und Sexismus spielt sich überall im Leben ab, beides lässt sich kaum voneinander unterscheiden« erklärt Atamaca. Bei der Gesprächsrunde, an der acht Vertreterinnen verschiedener Migrantinnenorganisationen teilnahmen, wurde deutlich: Die erste und wichtigste Hürde auf dem Weg zur Gleichberechtigung migrantischer Frauen ist die Jobsuche.

Forough Hossein Pour, die seit sieben Jahren Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte berät, macht greifbar, wie viele Steine Migrantinnen in den Weg gelegt werden: »Etwa 80 Prozent der Tausenden Frauen, die jedes Jahr zu uns kommen, haben eine Berufsqualifikation.« Viele von ihnen hätten aber gar nicht die Möglichkeit, ihre Qualifikation anerkennen zu lassen, so Hossein Pour. »Für die Authentifizierung der Dokumente ist zum Beispiel die deutsche Botschaft in Teheran zuständig. Aber wie soll eine geflüchtete Frau zur Botschaft in Teheran kommen?«

Hat eine Frau dann tatsächlich alle Dokumente zusammen, um einen Antrag auf eine Qualifikationsprüfung zu stellen, kommt es häufig vor, dass die zuständige Stelle ihr schreibt, sie solle den Antrag lieber zurücknehmen. Die Begründung: Bei der Prüfung werde erfahrungsgemäß ohnehin keine Gleichwertigkeit ihrer Qualifikation festgestellt. »Ein Jahr lang hat die Frau alle Papiere zusammengesucht, um am Ende auf ihren Antrag zu verzichten«, beklagt Hossein Pour.

Dann bleibt der ihr nur noch übrig, in Deutschland eine Prüfung zu ihren Fachkenntnissen zu machen, das könne man sich in etwa wie ein Staatsexamen vorstellen. »Darauf muss sich die Frau dann vorbereiten. Jetzt hat sie aber Kinder und arbeitet in irgendeinem Hilfsjob, um ihren Aufenthalt zu sichern«, erklärt die Beraterin. Wenn sie die Prüfung nicht besteht, muss sie weiter als Pflegehelferin oder in einem anderen prekären Job arbeiten. »Und selbst wenn sie die Prüfung geschafft hat, dann wird sie beim ersten Vorstellungsgespräch gefragt, ob sie bereit ist, ihr Kopftuch abzulegen.«

> **»Dass Migrantinnen trotz hoher Qualifizierung in schlecht bezahlten Jobs arbeiten, ist genau so gewollt.«**
>
> Dr. Delal Atmaca, *DaMigra*

Auch Frauen, die hier in Deutschland studiert haben, sind nicht vor der vielfachen Diskriminierung geschützt, kritisiert Doga Akyürek vom Türkischen Frauenverein. »Ich habe mit einer Klientin gearbeitet, die 38 Jahre alt und promoviert ist. In einem anderen Land könnte sie als Doktorandin arbeiten. Hier kann sie fast nichts machen, weil sie Kopftuch trägt.« Immer komme die Frage: »Sind Sie bereit, ihr Kopftuch abzulegen?«

Eigentlich ist gesetzlich klar geregelt: Arbeitgeber*innen dürfen weder bei der Bewerbung noch im Arbeitsalltag wegen ihres Glaubens oder der Ausführung ihrer Religion benachteiligt werden. Selbst bei staatlichen Stellen, wo das Neutralitätsgebot greift, haben Gerichte mehrfach entschieden, dass Frauen ein Job etwa als Lehrerin nicht verwehrt werden kann, weil sie Kopftuch tragen. Die Realität ist aber eben oft eine andere. Gegen einen Diskriminierungsfall kann zwar geklagt werden, ein solcher juristischer Schritt ist aber mit so vielen weiteren Hürden verbunden, dass insbesondere Frauen in prekären Lebenssituationen eher selten davon Gebrauch machen.

Die Diskriminierung, die Frauen im Allgemeinen erleben, erfahren Migrantinnen noch viel stärker, so Atmaca: »Wir migrierte, wir geflüchtete Frauen haben nicht nur gläserne Decken über uns, die den Weg nach oben versperren, sondern sind von gläsernen Fenstern und Türen ringsherum umgeben.« Das Problem liegt also nicht nur im Alltagsrassismus, den migrantische Frauen auf der Straße, bei der Arbeits- oder Wohnungssuche erleben, sondern in den rassistischen und gleichzeitig sexistischen Strukturen, die Frauen systematisch in die wirtschaftliche Prekarität drängen. Dadurch wird häufig auch die Abhängigkeit von Männern gefördert.

Dass migrantische Frauen so häufig in Jobs arbeiten, die schlecht bezahlt sind und ihren Qualifikationen nicht entsprechen, sei genau so gewollt, »weil man eine Reservearmee braucht, um das Wirtschaftssystem aufrechtzuerhalten«, meint Atmaca. »Unsere Vorständin, die schon in den 60er Jahren hier als Krankenschwester gearbeitet hat, erzählt von damals genau das Gleiche.« Heutzutage gebe Deutschland damit an, wie modern das Land sei und welche tollen Antidiskriminierungsgesetze es hier gebe. »Dabei hat sich seither gar nicht wirklich etwas geändert.«

Um doch etwas am System zu ändern, fordert der Dachverband einen Platz am Tisch der Entscheider*innen. »Es ist Zeit für eine gerechte Verteilung der Macht, die den Menschen, die weniger Privilegien besitzen, Handlungsmacht zurückgibt. Wir richten uns an die Machtinhaber*innen, an die Politik, die Medien, den Arbeitsmarkt und Bündnisse mit einer klaren Botschaft: Rutscht rüber – wir bestimmen mit!«

Im Zeitraum zwischen dem Weltfrauentag am 8. März und dem Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März will DaMigra mit 16 unterschiedlichen Veranstaltungen sichtbar machen, wie Rassismus und Sexismus die politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe von migrantischen Frauen erschweren und was besser laufen muss.

# Kontrolle und Überwachung

## Iranische Regierung will Frauen mit schärferen Zwangsmaßnahmen zum Tragen des Kopftuchs nötigen

**Das iranische Regime zieht die Daumenschrauben an und knöpft sich erneut speziell die Frauen vor: Ohne Kopftuch drohen Repressalien.**

CYRUS SALIMI-ASL

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International berichtet von verschärfter Überwachung und Kontrolle, um Frauen zum Anlegen des Kopftuchs zu zwingen. »Die iranischen Behörden führen eine groß angelegte Kampagne zur Durchsetzung der repressiven Verschleierungsvorschriften durch«, erklärte die Nichtregierungsorganisation am Mittwoch und sprach von einer »drakonischen« Vorgehensweise.

Frauen und Mädchen im Iran würden im öffentlichen Raum »umfassend« überwacht, zudem gebe es »massenhaft Polizeikontrollen«, erklärte Amnesty in dem Bericht, der sich auf Aussagen von mehr als 40 Frauen im Iran stützt und anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März veröffentlicht wurde. Die iranischen Behörden wählen neue Wege, um ihr Ziel zu erreichen. So seien willkürlich die Autos von zehntausenden Frauen beschlagnahmt worden, bloß weil diese sich den strengen Kleidungsvorschriften widersetzt hätten. Einige seien zudem strafrechtlich verfolgt und zu Peitschenhieben, Geldbußen oder Gefängnisstrafen verurteilt worden.

So berichtet eine Frau aus der Provinz Teheran Nuschin, wie sie nach einer Autopanne ausstieg – ohne Kopftuch: »Ein Agent der Revolutionsgarden in Uniform kam auf einem dieser schweren Motorräder ohne Nummernschild und befahl mir unter Rufen und Drohungen, mein Kopftuch anzulegen. Er notierte sich mein Kennzeichen, und ich erhielt sofort eine SMS, in der mir mitgeteilt wurde, dass mein Auto beschlagnahmt worden sei und ich darauf warten solle, dass sich die Polizei bei mir meldet. Im Laufe des vergangenen Jahres habe ich fünf oder sechs SMS erhalten.«

Dieter Karg, Iran-Experte von Amnesty International in Deutschland, spricht vom Versuch, den Widerstand der Protestbewegung »Frauen, Leben, Freiheit« zu brechen. »Sie terrorisieren Frauen und Mädchen, indem sie sie ständig überwachen und polizeilich kontrollieren, ihre täglichen Routinen stören und versuchen, sie psychisch zu zermürben.«

Karg erklärt sich die Zunahme repressiver Maßnahmen mit der Ohnmacht des iranischen Regimes während der Proteste 2022 und 2023 nach dem gewaltsamen Tod der Kurdin Jina Mahsa Amini. »Damals hatte die Regierung die Kontrolle verloren und große Mühe, sich durchzusetzen gegen die protestierende Bevölkerung«, sagte er »nd«. Es gehe den Machthabern jetzt darum, zu zeigen, »wer die Macht im Land hat. Jede kleinste Regung von Widerstand soll unterdrückt werden.«

Dennoch sieht man auch heute noch auf Fotos oder in Videos Aktionen zivilen Ungehorsams. Die Bevölkerung lehne sich »mit kleinen Gesten« auf, zum Beispiel indem Frauen bewusst ohne Kopftuch auf die Straße gingen oder die Menschen Wahlen boykottierten, wie gerade am Freitag geschehen.

Apropos Wahlen: Dass diese eine Rolle spielen bei der Repressionswelle, glaubt Iran-Experte Karg eher nicht. Er schließt nicht aus, dass die Regierung zukünftig noch repressiver auftritt. Im vergangenen September beschloss das iranische Parlament eine Verschärfung der Strafen für Verstöße gegen die Kleidervorschriften. Das Gesetz mit dem vielsagenden Titel »Gesetz zur Förderung der Keuschheit und des Hijabs« muss noch vom Wächterrat bestätigt werden. Damit sollten auch die Kompetenzen für Sicherheitsbehörden ausgeweitet werden, so Karg. »Der Gesetzentwurf verpflichtet zudem Geschäfteinhaber, ihre Kundinnen zum Anlegen des Hijabs zu verpflichten, andernfalls könnte das Geschäft für drei Monate geschlossen werden.«

Die Einschüchterungsversuche betreffen viele Bereiche des täglichen Lebens. So erzählt eine Frau aus der Provinz Fars, dass sie selbst in einer Bank nicht mehr bedient werde, weil die Behörden die Überwachungskameras überprüften und die Bank sanktionieren würden, sollten unverschleierte Frauen bedient werden. »Wir (unverschleierten Frauen und Mädchen) dürfen nicht in die U-Bahn«, sagt dieselbe Frau. »Ich habe es ein paar Mal geschafft, den Beamten zu entkommen und die Metro zu betreten, aber sie verweigern mir den Zutritt, wenn sie sehen, dass ich kein Kopftuch trage.«

Auch das Veröffentlichen von Fotos ohne Kopftuch wird bestraft. Eine Mutter berichtet, wie ihre Tochter Fotos ohne Kopftuch auf Instagram gepostet hatte: »Sie erhielt mehrere Anrufe von unbekannten Nummern, die sie nicht beantwortete. Eines Morgens kamen plötzlich mehrere maskierte Agenten des Geheimdienstministeriums zu unserem Haus und beschlagnahmten ihren Laptop und ihr Telefon. Daraufhin wurde sie zum Verhör ins Geheimdienstministerium geladen und dort mehrere Stunden lang festgehalten.« Man stellte ihr viele Fragen, um sie einzuschüchtern, die Agenten trugen Masken und gaben ihre Namen nicht preis.

# Eine Untätigkeit, die wütend macht

## In Kenia ist eine Protestbewegung gegen die zunehmende Zahl an Femiziden entstanden

**Immer mehr Frauen werden in Kenia von Männern ermordet. Die Ermittlungen stocken, der politische Wille zur Aufklärung und Prävention scheint zu fehlen. Das treibt immer mehr Frauen auf die Straße.**

TIM KRÜGER, NAIROBI

PICTURE ALLIANCE/AP/BRIAN INGANGA

**Rose Wanyua Wanjiku hält ein Foto von ihrer jüngeren Schwester Agnes hoch. Ein britischer Soldat wird verdächtigt, die 20-Jährige im Jahr 2012 getötet zu haben. Die Ermittlungen stocken.**

Mehrere hundert schwarz gekleidete junge Menschen strömen aufs Gelände der Universität Nairobi. Auf der vertrockneten Wiese ist eine Bühne aufgebaut. Die Stimmen der Rednerinnen schallen weit über den Platz. Eigentlich wird der Valentinstag gern als Tag der Liebe begangen. Pärchen feiern ihre Zweisamkeit, Eheleute beschenken sich an diesem vor allem für die Blumenindustrie lukrativen Feiertag. Doch niemandem der Jugendlichen ist an diesem 14. Februar wirklich zum Feiern zumute. Bedächtig richten sie ihren Blick in Richtung Bühne oder auf den Boden. Eine Rednerin verliest eine lange Liste von Namen: allesamt von Frauen, die ermordet wurden. Die Stimme bricht, sie wischt sich eine Träne weg. Es gibt Hunderte Frauen, die in Kenia in den vergangenen Jahren zum Opfer von Femiziden wurden. Eines der jüngsten Opfer, die 20-jährige Rita Waeni, war selbst Studentin der landwirtschaftlich-technischen Fakultät der Jomo Kenyatta University of Agriculture and Technology.

Zwischen 2017 und Anfang 2024 habe es mehr als 500 Morde an Frauen gegeben, berichtet das Africa Data Hub. Der Femicide Count Kenya geht davon aus, dass allein im Jahr 2023 mindestens 152 Frauen getötet wurden. Doch erfassen die Statistiken lediglich die eindeutig dokumentierten oder medial erfassten Fälle, die Dunkelziffer dürfte noch viel höher sein. Allein seit Anfang dieses Jahres haben die kenianischen Nachrichtenagenturen von 16 Femiziden berichtet. Mittlerweile gehen Menschen auf die Straße, um auf die vielen Morde aufmerksam zu machen. Sie halten das für notwendig, weil die politische Führung Kenias darauf nicht reagiert und keine Konsequenzen eingeleitet hat.

Vor allem emotionale Diskussionen in den sozialen Medien wurden zum Katalysator für die Proteste auf der Straße, die sich zu den größten Frauenprotesten in der jüngeren Geschichte Kenias ausweiteten. »Unsere Regierung hat nur sehr wenig bis gar nichts dazu gesagt. Sie hat die Femizide nicht einmal verurteilt«, meint Faith Kasina am Rande der Kundgebung in Nairobi. Sie engagiert sich beim Kayole Community Justice Center (KCJC) und hat die Demonstrationen der vergangenen Wochen mitorganisiert. Das KCJC ist Teil der Bewegung für soziale Gerechtigkeit, eines stadtweiten Netzwerks von sozialen Anlaufpunkten in den Armenvierteln der ostafrikanischen Metropole. Auch Kayole gilt als eines der ärmsten und gefährlichsten Viertel in der kenianischen Hauptstadt. Doch die Gefahr geht nicht nur von vermeintlichen kriminellen Gangs aus. Kayole ist so wie viele andere Armenviertel Nairobis immer wieder Schauplatz von »außerrechtlichen Tötungen« durch die Polizei. Anwohner berichten von regelrechten Hinrichtungen angeblich delinquenter Jugendlicher durch schießwütige Beamte.

**»In der Öffentlichkeit werden die Opfer beschuldigt. Anstatt zu fragen, wie wir die Morde stoppen oder die Täter verfolgen können, heißt es oft: ›Was hat die Frau da zu suchen gehabt?‹«**

Faith Kasina

Faith Kasina und ihre Kolleg*innen kümmern sich um die betroffenen Familien und versuchen, vor Gericht eine Verurteilung der Todesschützen zu erreichen – zumeist allerdings vergeblich. »Unser Rechtssystem ist ein Problem für sich«, erklärt Faith Kasina. Auch im Kampf gegen Gewalt an Frauen und bei der Verfolgung der Täter verhielten sich die Gerichte alles andere als aktiv. Vielmehr würden Prozesse über Jahre in die Länge gezogen, und oft würde gar nicht ernsthaft ermittelt, sondern die Fälle würden von den Behörden unter den Tisch gekehrt. Auch die öffentlichen Diskussionen seien zumeist kontraproduktiv. »In der Öffentlichkeit werden dann auf einmal die Opfer beschuldigt«, wundert sie sich. »Anstatt zu fragen, wie wir die Morde stoppen oder die Täter verfolgen können, heißt es oft: ›Was hatte die Frau da zu suchen?‹ Oder man wirft den Opfern sogar vor, eh nur das Geld der Männer gewollt zu haben.«

Auch nach den jüngsten Morden hätten viele versucht, die Fehler bei den Opfern zu suchen, anstatt die Schuld der Täter anzuerkennen, sagt Faith Kasina. So wurde der Mord an der 26-jährigen Instagram-Influencerin Starlet Wahu zum Anlass wüster Kommentare. Wahu sei selbst für ihren Tod verantwortlich, »wenn sie sich allein mit einem fremden Mann ein Zimmer nehme«, so der Tenor. Die junge Frau wurde am 3. Januar in einem gemieteten Apartment am Rande Nairobis brutal ermordet. »Sie stecken alle ermordeten Frauen in einen Sack und erklären, sie seien Prostituierte gewesen. Natürlich gibt es Prostitution in Kenia. Aber auch diese Frauen verdienen doch wohl, nicht ermordet zu werden.« Mit solchen Diskussionen werde ein völlig verzerrtes Bild geschaffen. Es werde ignoriert, dass es Dutzende Frauen gegeben habe, die zu Hause oder auf dem Weg zur Arbeit aus dem Leben gerissen worden seien. Tatsächlich kommt die Mehrheit der Täter aus dem direkten Umfeld der Opfer. So wurden laut dem jüngsten UN-Bericht, der für das Jahr 2022 mindestens 89 000 Morde an Frauen und Mädchen weltweit zählte, 55 Prozent der Taten durch Familienangehörige oder Partner begangen. Kenia stellt dabei keine Ausnahme dar.

Das Problem hat nicht erst mit der Zunahme der Morde in den vergangenen Monaten begonnen. Seit Jahren machen Nichtregierungsorganisationen, feministische Gruppen und Aktivist*innen auf die Lage der Frauen im Land aufmerksam und fordern die Regierung auf zu handeln. Auch das KCJC versucht, präventiv die geschlechtsspezifische Gewalt einzudämmen. Es klärt auf, hilft Betroffenen und ermutigt Überlebende, an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Regierung bleibe aber untätig, beschwert sich Faith Kasina. Darüber seien ihre Mitstreiter*innen enttäuscht und entsetzt.

Die Redebeiträge an diesem »dunklen Valentinstag«, wie die Aktivist*nnen die Protest- und Gedenkkundgebung an der Universität getauft haben, sind entsprechend wütend. »Alle, die Regierungsverantwortung haben und uns nicht schützen können, müssen sofort zurücktreten«, verkündet Rachael Mwikali Mueni entschlossen von der Bühne. Die Feministin steht seit Jahren an der vordersten Front unterschiedlicher Kämpfe und bekommt für ihre Rede viel Applaus. Viele der Rednerinnen schließen ihre Beiträge mit einem Appell. Wenn nun nicht gehandelt werde, dann seien die Frauen gezwungen, weiter auf die Straße zu gehen und den Druck zu erhöhen. Man sei nicht mehr bereit, auch nur den Tod einer weiteren Frau untätig hinzunehmen, erklärt eine junge Rednerin. Besonders enttäuscht sei man aber auch von der passiven Haltung der weiblichen Mitglieder des Parlaments und der Regierung, erklärt Faith Kasina.

Um die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern, sieht die 2010 verabschiedete Verfassung Kenias vor, dass mindestens ein Drittel des Parlaments von Frauen besetzt sein muss. »Wir haben leider festgestellt, dass die Parlamentarierinnen nicht den Interessen der Frauen und Mädchen in diesem Land dienen«, meint Faith Kasina. Die Frauenquote im Parlament habe noch nicht die erhofften Veränderungen gebracht.

Hinzu kommt der schwerfällige Justizapparat, der teilweise auch unwillig zu sein scheint. Es soll auch Fälle gegeben haben, bei denen Ermittlungen von höchster Stelle unerwünscht waren. Besonders brisant ist dabei der Femizid an Agnes Wanjiru im Jahr 2012. Die damals 21-jährige Mutter aus Nanyuki, im Norden von Nairobi, wurde zuletzt in Begleitung von Soldaten des britischen Duke of Lancester's Regiments in einem örtlichen Hotel gesehen, bevor sie verschwand. Die britische Armee unterhält in der Nähe der kleinen Stadt einen Ausbildungsstandort. In Kenia wurden britische Soldaten unter anderem auf den Einsatz in Afghanistan vorbereitet.

Der leblose Körper der Frau wurde wenig später in einem Klärtank neben dem von britischen Soldaten gemieteten Raum gefunden. Trotz öffentlicher Proteste gab es über Jahre keine ernsthaften Anstrengungen, um den Fall aufzuklären. Die Ermittlungen kamen – trotz zahlreicher Indizien, Anhaltspunkte und sogar aussagewilliger Soldaten – zum Erliegen. Erst als 2021 britische Zeitungen Bildschirmfotos einer privaten Facebook-Chatgruppe von Soldaten des betreffenden Regiments veröffentlichten, wurden die Ermittlungen wieder aufgenommen. Armeeangehörige hatten in ihren Chats Bilder geteilt, die das Tathotel zeigten, und den Kommentar: »Wer es weiß, der weiß es.« Ein weiterer Soldat kommentierte das Bild mit Geistersmileys und dem Wort »Klärtank«. Laut der britischen Wochenzeitung »Sunday Times«, soll einer der beteiligten Soldaten schon am Abend des Mordes seinen Kameraden die Tat gestanden haben. Trotz einer entsprechenden Meldung versandete der Fall beim Militär. Im Oktober vergangenen Jahres wandten sich Angehörige von Wanjiru mit einem offenen Brief an König Charles III. und forderten die Auslieferung der Soldaten an die kenianische Justiz.

Faith Kasina hat aber kaum Hoffnung, dass der Fall aufgeklärt wird. »Kenia ist immer noch ein kolonialer Staat«, meint sie. »Und dieser schützt nicht die Interessen des eigenen Volkes.« Es mangele schlicht am politischen Willen. Deshalb finden die Proteste statt, bei denen sich Frauen aus verschiedensten Organisationen zusammengeschlossen haben. Klein beigeben wollten sie nicht, meint Faith Kasina. »Bald wird es einen weiteren Masch geben. Wir müssen mehr Druck aufbauen. Das ist noch lange nicht das, was wir wollen.«